

Claus Leggewie, Christoph Sachße (Hg.)

# Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden

---



# Inhalt

## Einleitung

### Zur Einleitung

<i>Claus Leggewie/Christoph Sachße</i> .....	9
--	---

### Zur intellektuellen Biographie von Adalbert Evers

<i>Christoph Sachße</i> .....	17
-------------------------------	----

## Teil I – Sozialstaat und bürgerschaftliches Engagement

### Sozialstaat und Gerechtigkeit

<i>Franz-Xaver Kaufmann</i> .....	35
-----------------------------------	----

### Über Voraussetzungen des freiheitlichen Staates:

#### Variation über ein Thema von E. W. Böckenförde

<i>Claus Offe</i> .....	65
-------------------------	----

### Der Arzt Dr. Wolfgang Strassmann – ein Gründer

#### bürgerschaftlichen Wirkens in der Reichshauptstadt Berlin

<i>Florian Tennstedt</i> .....	73
--------------------------------	----

### Vom Korporatismus zur Verwaltungsdemokratie – Ein Versuch,

#### die soziale Selbstverwaltung zivilgesellschaftlich zu verstehen

<i>Frank Nullmeier</i> .....	93
------------------------------	----

### Schreiben und Leben: Im Gespräch mit André Gorz

<i>Otto Kallscheuer</i> .....	113
-------------------------------	-----

## Teil II – Sozialpolitik im europäischen Raum

Der lange, aber notwendige Abschied vom Industrialismus: Familienbezogene Dienstleistungen – ein expandierender Arbeitsmarkt mit hohen gesellschaftlichen Wertschöpfungspotentialen <i>Uta Meier-Gräfe</i> .....	129
Does gender matter? Ein Vergleich männlicher und weiblicher Führungskräfte an Universitäten und im NPO-Sektor in Deutschland <i>Holger Krimmer/ Annette Zimmer</i> .....	139
Mobilising formal and informal resources in meeting old age-related needs – an European comparison <i>Jorma Sipilä/ Anneli Anttonen</i> .....	169
What is the third sector? From the non-profit sector to the social and solidarity-based economy. Theoretical debate and European reality <i>Jean-Louis Laville</i> .....	203
<h2>Teil III – Politikexpertise und Gesellschaftsberatung</h2>	
Zivilgesellschaft und Engagementpolitik als Themen der Politikberatung <i>Ansgar Klein</i> .....	219
Sozialwissenschaftliche Expertise und Politik: Das Beispiel des Siebten Familienberichts <i>Ilona Ostner</i> .....	237
Can we decide together? Public participation and collaborative governance in the UK <i>Janet Newman</i> .....	251
Soziale Architektur und politische Räume, oder: Was geschah mit dem Stadtplaner? <i>Claus Leggewie</i> .....	263
Bibliographie von Adalbert Evers .....	279
Autorenverzeichnis .....	299

### 3. Gießen

1993 nahm Evers einen Ruf auf die Professur für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung an der Universität Gießen an. Die renommierte Gießener Haushaltswissenschaftlerin Rosemarie von Schweitzer, die dem Institut bis zu ihrer Emeritierung im Jahre 1992 vorstand und »Haushalt« in einem weiteren Sinne verstand, der durchaus die ihn umgebenden informellen Netze umfasste, war auf Evers' Wiener Arbeiten aufmerksam geworden und hatte seine Bewerbung unterstützt. Die Professur bot Evers die Möglichkeit, das von ihm entwickelte Konzept kommunaler Sozialpolitik in Forschung und Lehre fortzuführen, weiter auszudehnen und zu profilieren.

In seinen frühen Gießener Jahren hat Evers in einem zusammen mit Thomas Olk herausgegebenen Sammelband das in »Shifts in the Welfare Mix« und »Im intermediären Bereich« entwickelte Konzept des »Wohlfahrts-Mix« zum »Wohlfahrtspluralismus« ausgebaut und präzisiert (Evers/Olk 1996). Drei Aspekte sind dabei hervorzuheben:

Zum Ersten wird die Diversifizierung und Pluralisierung der Organisation der Wohlfahrtsproduktion eingeordnet in den säkularen Trend der Individualisierung und Pluralisierung entwickelter Industriegesellschaften. Die überkommenen standardisierten Formen der Wohlfahrtsproduktion waren der »klassischen« Industriegesellschaft angemessen. Sie geraten zumindest teilweise in Widerspruch mit den Formen »postindustrieller« Vergesellschaftung. Zum Zweiten werden die normativen Dimensionen des Konzepts explizit herausgearbeitet. Wohlfahrtspluralismus beinhaltet nicht nur ein im engeren Sinne sozialpolitisches Konzept der Organisation Sozialer Dienste, sondern zugleich ein gesamtgesellschaftliches von »assoziativer« oder »partizipativer« Demokratie. Die schon in der Arbeit »Über den Umgang mit Unsicherheit« entworfene Vorstellung der Wiederermächtigung der Bürger wird hier verknüpft mit der kontroversen aktuellen Diskussion um Zivilgesellschaft. Wohlfahrtspluralismus enthält also normative Komponenten, die durchaus Gegenstand kontroverser politische Auseinandersetzungen sein können und werden. Zum Dritten schließlich werden die Probleme und Grenzen des Konzeptes verdeutlicht. Die Probleme bestehen vor allem darin, dass die Verschiebung der Erbringung sozialer Dienstleistung von der bürokratischen Organisation staatlicher Träger in den sozio-kulturellen Bereich, zu selbstorganisierten unkonventionellen

Initiativen, zwar neue Partizipationschancen in sich birgt, zugleich aber auch neue Ungleichheiten. Auf Selbstorganisation und Partizipation der Betroffenen basierende Dienste sind zudem naturgemäß nicht in derselben Weise zu verrechtlichen wie bürokratisch verfasste staatliche Dienste und stellen damit das Problem individueller Rechte und einklagbarer Ansprüche in neuer Form. Schließlich würde die neue, unkonventionelle und partizipative Organisation Sozialer Dienste durch die Rückführung öffentlicher Leistungen aus dem staatlich verfassten Bereich in die gesellschaftliche Selbstorganisation das herkömmliche System politischer Kontrolle und Verantwortung aus den Angeln heben. Bei all diesen Problemen handelt es sich um strukturelle Antinomien, um »Paradoxien«, die nicht ohne Weiteres aufzulösen, sondern allenfalls vorsichtig auszubalancieren sind. Die Grenzen des Konzeptes bestehen vor allem darin, dass es sich um ein Konzept für die lokal organisierten Sozialen Dienste handelt, um ein Konzept für die kommunale Sozialpolitik, bei der am ehesten experimentiert werden und Erfahrung gesammelt werden kann. Es handelt sich nicht um ein Substitut für die großen Systeme der Sozialen Sicherheit. Ein Zurück zu den englischen »Friendly Societies« wird damit nicht vorgeschlagen.

Der Sozialwissenschaftler Helmut Dubiel, Gießener Kollege von Evers und 1989 bis 1997 Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, holte ihn 1996 als Mitglied des Kollegiums für fünf Jahre an das »Institut«, um dort Sozialpolitik als neuen Forschungsschwerpunkt zu etablieren. Dieses Unternehmen verlief insgesamt glücklos. Dubiel verließ das Institut 1997, und sein Nachfolger verfolgte ein anderes Institutskonzept. In der Konsequenz verlängerte auch Evers sein Engagement 2001 nicht. Immerhin: Von 1998 bis 2001 führte er zusammen mit Mitarbeitern des Instituts das von der Hans Böckler-Stiftung finanzierte Forschungsprojekt »Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen« durch, dessen Abschlussericht 2002 veröffentlicht wurde (Evers/Rauch/Stitz 2002). Das Projekt wendet das Konzept des Wohlfahrtspluralismus gleichsam nach innen, verlagert die Diskussion um den Wohlfahrts-Mix in die einzelnen Organisationen, die soziale Dienstleistungen erbringen, hinein. Dem liegt die These zugrunde, dass die Organisationen sozialer Dienstleistung – wie der Wohlfahrtssektor überhaupt – nicht einer einzigen spezifischen Handlungslogik gehorchen, sondern verschiedene Handlungslogiken verknüpfen. »Öffentliche Einrichtungen« werden so zu »sozialen Unternehmen«, die die Logiken von Markt, Staat und intermediärem Bereich in unterschiedlicher Weise kombinieren, wobei die eine oder andere in den Vorder-

grund tritt, je nach der konkreten Funktion, die die jeweilige Organisation erfüllt. Evers spricht bei diesem Organisationstyp im Anschluss an die französische Diskussion auch von »Hybridorganisationen«. Die These wird anhand einer Dokumentation von Fallbeispielen aus den Bereichen Schule, Altenpflege sowie Kultur und Sport belegt. Dabei erweist sich die Schule nach wie vor im Wesentlichen als staatliche Anstalt. Elemente wirtschaftlicher Entscheidungsautonomie (Markt) und ehrenamtlichen Engagements (Dritter Sektor) spielen allenfalls am Rande eine Rolle. In der Altenpflege sind die öffentlichen, kommunalen Träger zwar auf dem Rückzug. Es werden zunehmend kommerzielle Unternehmungen tätig, die im Wettbewerb mit den Gemeinnützigen stehen. Dennoch überwiegen aufgrund der hohen Regelungsdichte der Pflegeversicherung und ihrer finanziellen Dominanz die staatlichen Elemente. Eine Hybridisierung von Organisationen ist am ehesten im Kultur- und Sportbereich zu finden. Die Einnahmen durch den Verkauf von Dienstleistungen sind – neben der öffentlichen Basisfinanzierung – zentrale Finanzmittel für die einzelnen Organisationen. Und das ehrenamtliche Engagement insbesondere von Fördervereinen, aber auch ergänzende finanzielle Unterstützung durch diese, spielen eine gewichtige Rolle. Die Bedeutung des »mix in the mix« besteht für Evers nicht nur empirisch im Aufweis des Vorliegens beziehungsweise Nichtvorliegens seiner verschiedenen Elemente in den verschiedenen Organisationen, sondern wiederum in seiner Funktion als normatives Leitbild für die Reform von Organisationen. Denn die schlichte Privatisierung oder umgekehrt: Aufrechterhaltung des staatlichen oder kommunalen Charakters von Einrichtungen könnte für die Wahrung, Wiederherstellung oder Verbesserung der Qualität der von ihnen erbrachten Dienstleistungen weniger dienlich sein als die Kombination verschiedener Logiken, Ziele und Ressourcen.

1999 wurde Evers auf Vorschlag der Fraktion der »Grünen« als Mitglied der neu eingesetzten Enquête-Kommission »Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages berufen. Die Kommission bestand aus elf Mitgliedern, die Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen des Bundestages waren, und elf sachverständigen Mitgliedern, darunter Evers. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 14. Februar 2000 statt. Ihr Auftrag: Sie soll »konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohl-orientierten [...] bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland« entwickeln. Die Kommission erarbeitete gleichwohl eine systematische, empirische und theoretische Bestandsaufnahme zur Situation ihres Untersu-

chungsgegenstandes als Grundlage solcher Handlungsempfehlungen. In der Kommissionsarbeit kehren sich Evers' Analysen und Konzepte gewissermaßen nach außen. Sie überschreiten den Rahmen von Hochschule und Forschung und werden politisch wirksam. Vieles von dem, was er gedacht und geforscht hatte, findet sich im voluminösen Endbericht der Kommission (Enquête-Kommission 2002). Natürlich konnte und wollte Evers dem in der Kommission vertretenen geballten Sachverstand nicht seine Position aufdrängen, aber jetzt zeigte sich, dass viele seiner Überlegungen bereits breiten Eingang in die einschlägigen wissenschaftlichen Diskussionen gefunden hatten und daher auch in der Kommission Mitstreiter und Akzeptanz fanden; jetzt zeigte sich, dass sie politisch konsensfähig waren.

Bei Bürgerengagement geht es um Ermächtigung, aber nicht nur durch individuelle Kompetenz der Bürger, sondern vor allem durch Stärkung ihrer organisatorischen Basis. Es geht um »jenes Netzwerk von selbstorganisierten, freiwilligen Assoziationen – Vereine und Verbände, NGOs, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, Stiftungen und Freiwilligendienste, aber auch politische Parteien und Gewerkschaften«, wie es im Vorwort zum Abschlussbericht heißt. Die Bürgerschaft besteht nicht nur aus Individuen, sondern vor allem aus Organisationen – eben jenen des intermediären Bereichs, denen Evers' besonderes Interesse seit je gegolten hat. Den Rahmen ihrer erfolgreichen Tätigkeit bildet eine »beteiligungsfreundliche« Demokratie, die Partizipation ermöglicht und stärkt. Deren Exerzierfeld ist vor allem die Kommune, die Ebene von Politik, auf der die verschiedenen Organisationen des intermediären Bereichs, die Beschäftigungsinitiativen und Sozialen Dienste angesiedelt sind, und auf der sich bürgerschaftliches Engagement und soziale Innovation am ehesten entfalten können. Staatliche Interventionen zur Stärkung gesellschaftlichen Engagements sind immer delikat. Das Engagement mündiger Bürger lebt grundsätzlich aus sich selbst. Motivationshilfen des Staates laufen stets Gefahr, das Gegenteil des Begehrten zu erreichen. Das war auch der Kommission bewusst. Sie folgte deshalb bei ihren Handlungsempfehlungen unter anderem einer Überlegung von Evers, die schon seinem Konzept der »Hybridorganisation« zugrunde gelegen hatte: Erfolg versprechend und der ordnenden Rolle des Staates angemessen sind Strategien, die darauf abzielen, die Organisationen für bürgerschaftliches Engagement zu öffnen; sie mit legislativen und administrativen Maßnahmen »beteiligungsfreund-

lich« auszugestalten und damit allererst die Möglichkeit für sinnvollen Einsatz von freiwilligem Engagement zu schaffen.

International angelegt waren Evers' sozialpolitische Forschungen schon seit der Wiener Zeit: Das Projekt »Shifts in the Welfare Mix« beruhte auf Beiträgen aus acht europäischen Ländern. Kontakt zur EU bekam Evers dann in seiner Zeit am Frankfurter Institut für Sozialforschung, wo er ein EU-finanziertes Projekt leitete und in einem EU-Netzwerk mitarbeitete. 2004 gab er dann gemeinsam mit Jean-Louis Laville den Sammelband *The Third Sector in Europe* heraus (Evers/Laville 2004), der auf der jahrelangen Mitarbeit im »EMES«-Netzwerk, einem Zusammenschluss europäischer Dritt-Sektor-Forscher, beruht und den Versuch einer gesamteuropäischen Bestandaufnahme enthält: In allen europäischen Wohlfahrtsstaaten gibt es einen Wohlfahrts-Mix von Institutionen des Marktes, des Staates und des Dritten Sektors. Der Zuschnitt der Sektoren und ihr Verhältnis zueinander ist in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten unterschiedlich, eingebunden in unterschiedliche – politische, ökonomische und sozio-kulturelle – nationale Traditionen und Entwicklungen. In Deutschland hat sich die Diskussion um den Dritten Sektor ganz auf die intermediären Organisationen in den Bereichen Kultur und Sport und – in der spezifisch sozialpolitischen Debatte – auf den Bereich Soziale Dienste konzentriert. Der gemeinwirtschaftliche Bereich wird dagegen eher am Rande behandelt, was auch seiner heute stark reduzierten tatsächlichen Bedeutung entspricht. In Frankreich dagegen spielt die »économie sociale« auch heute noch eine wichtige Rolle unter den Non Profit-Organisationen, in der gesellschaftlichen Praxis und in der wissenschaftlichen Diskussion. Aufgabe einer über den nationalen Horizont hinausblickenden europäischen Theorie des Dritten Sektors ist es deshalb, die Organisationen der Gemeinwirtschaft mit einzubeziehen. Dadurch erschließt sich eine neue Dimension von Ökonomie, die neben der kapitalistischen Marktwirtschaft und der »moralischen« Ökonomie der Haushalte auch eine solidaristische »soziale Ökonomie« umfasste, die einer eigenen Logik folgt. Eine Einbeziehung dieses gemeinwirtschaftlichen Bereichs in den intermediären Sektor würde ein spezifisch europäisches Modell des Dritten Sektors entwerfen, das sich vom amerikanischen Modell deutlich abgrenzt. Auch wenn diese Frontstellung von französischer *économie sociale* und anglo-amerikanischen *charities* und *foundations* etwas künstlich anmutet, so zeigt die Diskussion doch, dass auf europäischer Ebene noch erheblicher Forschungsbedarf besteht. Die verschiedenen Forschungsnetzwerke der EU können hier eine produktive

---

Rolle übernehmen. Dabei wird Evers eine gewichtige Rolle spielen, ist er doch seit 2005 Mitglied des EU-Exzellenznetzwerks »Civil Society and New Forms of Governance in Europe« (CINEFOGO) und als solches Leiter des Teilbereichs »Citizenship and Civic Participation in Relation to Social Protection«.

Bei allen professionellen und disziplinären Fortschritten in seiner wissenschaftlichen Laufbahn hat Evers das politische Engagement keineswegs aufgegeben. Die Formen haben sich allerdings gewandelt. Die Zeiten des Sozialistischen Büros sind ja lange vorbei und mit ihnen jene spezifische Art des theoretischen politischen Engagements von Wissenschaftlern in einer selbständigen Organisation, aber mit deutlichem Bezug zur universitären Theorieproduktion. Vorüber sind auch die damit verbundenen Hoffnungen, vielleicht auch Illusionen, auf radikale politische Befreiung. Das Engagement für gesellschaftliche Emanzipation und Demokratisierung hat heute realistischere, wenn man so will: zunftbezogene Formen angenommen. Die jahrelange Mitarbeit im Arbeitskreis »Lokale Politikforschung« wurde bereits erwähnt. Seit Anfang der 1990er-Jahre machte sie sukzessive einer intensiveren Arbeit in der Sektion »Sozialpolitik« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Platz, womit Evers dem inhaltlichen Wandel seiner Forschungsaktivitäten Rechnung trug. Seit 1995 ist er im Vorstand dieser Organisation. 2002 übernahm er die Position des Vorstandssprechers. In dieser Funktion hat er sich erfolgreich um die Außendarstellung der sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforschung bemüht – die niveauvolle Ausgestaltung der jährlichen Tagungen der Kommission und vor allem der großen Jubiläumstagung zu ihrem 25-jährigen Bestehen im Jahre 2003 in Berlin legen davon Zeugnis ab. Das besondere Markenzeichen seiner Arbeit ist jedoch das Engagement für die Organisation selbst, das Bemühen um eine Festigung des personellen Zusammenhalts, um einen »familiären« Rahmen. Evers ist vor allem daran gelegen, insbesondere jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Ort nicht nur der fachlichen Kommunikation und Orientierung, sondern auch des persönlichen Rückhalts zu schaffen.

40 Jahre hat Adalbert Evers gelernt, gelehrt und geforscht – 40 Jahre, in denen er engagiert für einen demokratischen Aus- und Umbau sozialer Politik eingetreten ist. Er hat sich beständig fortentwickelt, gewandelt, ohne sich zu verbiegen – von den neomarxistischen Anfängen bis zur zivilgesellschaftlichen Reife. Am 9. April 2008 feiert er seinen 60. Geburtstag. Wir ehren einen Wissenschaftler, dessen umfänglichem Werk wir vielfältige Er-

kenntnisse und Anregungen verdanken und von dem wir in Zukunft noch vielfältige Erkenntnisse und Anregungen erwarten.

## Literatur

- arb+* (1972), »Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit«, *arb+* 15, S. 21–77.
- Enquête-Kommission (2002), »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« Deutscher Bundestag, *Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsähnige Bürgergesellschaft*, Opladen.
- Evers, Adalbert (1990), »Im intermediären Bereich. Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt«, *Journal für Sozialforschung*, 2, S. 189–210.
- , Nowotny, Helga (1987), *Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- , Wintersberger, Helmut (1988) (Hg.), *Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Service and Welfare Policies*, Wien.
- , Olk, Thomas (1996) (Hg.), *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*, Opladen.
- , Rauch, Ulrich, Stitz, Uta (2002), *Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen*, Berlin.
- , Laville, Jean-Louis (2004) (Hg.), *The Third Sector in Europe*, Northhampton.
- Kraan, Robert J., Evers, Adalbert u.a. (1991), *Care for the Elderly. Significant Innovations in three European Countries*, Frankfurt/Boulder/Colorado